

**AMNESTY INTERNATIONAL  
ARBEITSGRUPPE FÜR  
VERFOLGTE GEWERKSCHAFTER/INNEN**

<http://www.amnesty.at/gewerkschafterInnen>

**AKTION ZUM 1. MAI**



## **MIGRANT/INNEN**

**ZUR EXISTENZSICHERUNG IN DER FERNE  
AUSGEBEUTET, GEDEMÜTIGT, IN GEFAHR**

Dominikanische Republik, Griechenland,  
Jordanien, Saudi-Arabien, Südkorea



**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## JORDANIEN

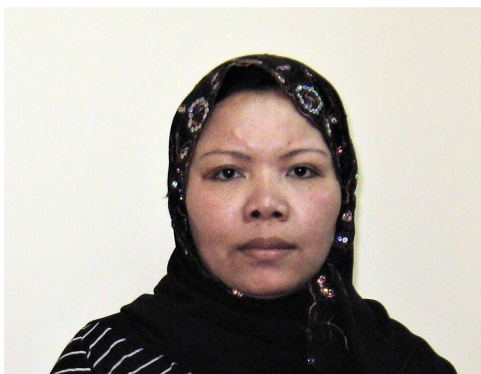
### ZEHNTAUSENDE MIGRANTINNEN WERDEN ALS HAUSARBEITERINNEN AUSGEBEUTET UND MISSBRAUCHT

Über 40.000 Migrantinnen sind als Hausarbeiterinnen in Jordanien offiziell gemeldet. Schätzungsweise weitere 30.000 Hausarbeiterinnen halten sich illegal im Land auf. Die meisten stammen aus Süd- und Südostasien, v.a. aus Indonesien, den Philippinen oder Sri Lanka. Sie sind oft sehr jung, schlecht ausgebildet und kennen ihre Rechte nicht. Somit werden sie leicht Opfer von Menschenrechtsverletzungen seitens ihrer Arbeitgeber.

#### Eingesperrt

Die meisten ausländischen Hausarbeiterinnen kennen nur den Flughafen und ihren Arbeitsplatz, den sie im Allgemeinen nicht verlassen dürfen. Häufig werden sie eingesperrt, wenn die Familie das Haus verlässt. Viele Arbeitgeber konfiszieren den Pass der Hausarbeiterinnen, um deren Freiheit einzuschränken.

Selbst nach Ablauf des Arbeitsvertrages können viele Frauen das Land nicht verlassen, da ihre – auf ein Jahr befristet ausgestellte – Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung abgelaufen ist. Die Verlängerung der Bewilligung kann nur der Arbeitgeber beantragen; im Falle abgelaufener Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen fallen Strafzahlungen an. Da jedoch die Leistung dieser Zahlung von den Arbeitgebern nicht eingeklagt werden kann, sitzen zurzeit rund 14.000 Frauen in Jordanien fest.



**M.** (Name geheim gehalten), aus Indonesien. Vier Jahre beim ersten Arbeitgeber: Schläge, ausständige Lohnzahlungen, abgelaufene Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Flucht vom zweiten Arbeitgeber: Daraufhin wurde M. mehrere Wochen in Haft gehalten, weil dieser sie des Diebstahls bezichtigte. Ihre Unschuld wurde bewiesen. Dank Rechtsbeihilfe wurden die Strafzahlungen und die Hälfte des ausstehenden Lohnes (für 5 Jahre) geleistet. M. kehrte nach Indonesien zurück.

#### Ausgebeutet

Hausarbeiterinnen müssen bis zu 19 Stunden täglich arbeiten, sieben Tage die Woche, ohne Urlaub.

Ihren ohnehin geringen Lohn bekommen sie häufig nur zum Teil oder gar nicht ausbezahlt.

#### Geschlagen und gedemütigt

Verachtung und Beleidigungen seitens der Familien, für die sie arbeiten, sind für viele Hausarbeiterinnen keine Seltenheit. Darüber hinaus erleiden diese Frauen regelmäßig Schläge, Tritte und weitere körperliche Gewalt.

#### Sexuell missbraucht

Hausarbeiterinnen laufen auf Grund ihrer isolierten Situation leicht Gefahr, Opfer von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigungen zu werden. Nur in den allerseltensten Fällen werden die Täter strafrechtlich verfolgt, angeklagt und verurteilt.

#### Angeklagt

Hausarbeiterinnen, die versuchen, ihr Recht (ausstehender Lohn, Anzeige von Übergriffen etc.) einzufordern, geraten rasch selbst ins Visier der Justiz. Ihre Arbeitgeber bezichtigen sie des Diebstahls.

#### Kein Ausweg

Angesichts der katastrophalen Verhältnisse sehen viele Hausarbeiterinnen ihre einzige Chance, bei einer sich bietenden Gelegenheit von ihren Arbeitgebern zu fliehen. Die Botschaften von Indonesien, den Philippinen oder Sri Lanka bieten Schutz für ihre Staatsangehörigen, allerdings reichen die Kapazitäten (z.B. Schlafsäle) bei weitem nicht. Immer wieder suchen verzweifelte Frauen den Ausweg im Selbstmord, der offiziell oft als Unfall gewertet wird.

*Weitere Informationen:* AI-Bericht „**Isolated and Abused. Women Migrant Domestic Workers in Jordan Denied their Rights**“

[www.amnesty.org/library/](http://www.amnesty.org/library/)

Der Bericht basiert auf einer AI-Mission in Jordanien im März/April 2008, bei der eine Reihe von Gesprächen mit Hausarbeiterinnen, Botschaftsangehörigen, AnwältInnen und NGO geführt wurden.

## HELFEN SIE MIT.

### Jordanien: Verbesserungen dürfen nicht nur auf dem Papier stattfinden

Im Jahr 2003 führte das jordanische Arbeitsministerium einen „Arbeitsvertrag für nicht-jordanische HausarbeiterInnen“ ein, der einige Rechte festschrieb (z.B. Anspruch auf medizinische Versorgung, ein arbeitsfreier Tag in der Woche, pünktliche Auszahlung der Löhne).

In der Praxis scheint dieser Vertrag keine Änderung gebracht zu haben, da keine Sanktionen für die Arbeitgeber bei Vertragsbruch vorgesehen sind.

**Schreiben Sie dem jordanischen Arbeitsminister und fordern Sie Schutz und Rechtsanspruch für die Hausarbeiterinnen. Ein Appellbrief liegt diesem Aktionspaket bei.**

## GRIECHENLAND

### GEWERKSCHAFTERIN BEI SÄUREATTENTAT SCHWER VERLETZT

Konstantina Kouneva, eine als Reinigungskraft arbeitende Migrantin aus Bulgarien, wurde im Dezember 2008 überfallen und mit Säure angegriffen. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen.



Konstantina Kouneva hatte vor dem Angriff mehrmals telefonische Drohungen erhalten. Als Generalsekretärin der Attica-Gewerkschaft der Reinigungskräfte hatte sie wiederholt Reinigungsfirmen wegen der miserablen Arbeitsbedingungen (z.B. bis zu fünf Monate ausständiger Lohn) kritisiert. Diese Firmen, die ihre MitarbeiterInnen großteils aus MigrantInnen rekrutieren, missachteten arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften aufs Größte. Beschäftigte, welche die Einhaltung des Arbeitsrechts einfordern, werden bedroht – wie Konstantina Kouneva.

**Schreiben Sie dem griechischen Innenminister und fordern Sie eine unabhängige Untersuchung des Überfalls gegen Konstantina Kouneva. Ein Appellbrief liegt diesem Aktionspaket bei.**

## SAUDI-ARABIEN

### MIGRANT/INNEN BESONDERS VON TODESSTRAFE BEDROHT

Im Schnitt mehr als zwei Hinrichtungen pro Woche: Mindestens 1.695 Menschen wurden zwischen 1985 und Mai 2008 in Saudi-Arabien hingerichtet, darunter mindestens 830 ausländische StaatsbürgerInnen.

MigrantInnen sind überproportional gefährdet, zum Tode verurteilt zu werden, weil sie in Unkenntnis der arabischen Sprache und des Justizwesens ihre Rechte nicht wahrnehmen können. Migrantinnen werden deutlich seltener als arabische StaatsbürgerInnen begnadigt.

Eine der TodeskandidatInnen ist Siti Zainab Binti Duhri Rupa aus Indonesien, die als Hausarbeiterin nach Saudi-Arabien kam. 2001 wurde sie wegen angeblichen



Mordes an ihrer Arbeitgeberin zum Tode verurteilt. Ihr Schicksal ist unsicher, da erst bei Volljährigkeit des Kindes des Mordopfers über eine mögliche Begnadigung entschieden wird.

**Schreiben Sie den saudi-arabischen Behörden und fordern Sie ein Moratorium der Hinrichtungen. Ein Appellbrief liegt diesem Aktionspaket bei.**

*Weitere Informationen:* AI-Bericht „**Affront to Justice. Death Penalty in Saudi Arabia**“

[www.amnesty.org/library/](http://www.amnesty.org/library/)

Der Bericht dokumentiert die massive Anwendung der Todesstrafe in Saudi-Arabien in den letzten 25 Jahren.

#### Impressum:

Amnesty International Österreich  
Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen (Gr. 121)  
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien  
Kontakt: Dr. Sabine Vogler (Sprecherin)  
gewerkschafterInnen@amnesty.at, 0664/1719299  
<http://www.amnesty.at/gewerkschafterInnen/>

@ Fotos: Documentation of CIMW (Foto von Siti Zainab Binti Duhri Rupa), <http://www.themalaysianinsider.com/> (Foto von Irene Fernandez), AI (übrige Fotos)  
Eigene Herstellung, April 2009

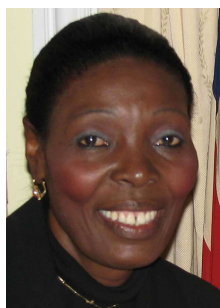
## MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER/INNEN IN GEFAHR

### DOMINIKANISCHE REPUBLIK

#### SONIA PIERRE SETZT SICH FÜR HAITIANISCHE MIGRANT/INNEN EIN UND WIRD SCHIKANIERT

Viele HaitianerInnen oder DominikanerInnen haitianischer Herkunft, die in der Dominikanischen Republik leben, werden systematisch diskriminiert.

Die Dominiko-Haitianische Frauenorganisation MUDHA zeigt Menschenrechtsverletzungen an der haitianischen Minderheit auf und unterstützt Menschen beim Einfordern ihrer Rechte.



Deren Geschäftsführerin Sonia Pierre erhält deshalb seit Jahren Drohungen. 2007 wurde sogar ihre Staatsbürgerschaft zeitweilig in Frage gestellt. Vor ihrer Entgegennahme einer Auszeichnung wurde sie von den dominikanischen Behörden bei der preisver-

leihenden Stiftung diskreditiert.

#### HELFEN SIE MIT.

**Appellieren Sie an den dominikanischen Präsidenten und fordern Sie ein Ende der Schikanen gegen Sonia Pierre. Ein Appellbrief liegt diesem Aktionspaket bei.**

### VERFOLGTE GEWERKSCHAFTER/INNEN

#### AKTIONSPAKET ZUM 1. MAI

Seit über zehn Jahren erstellt die AI-Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen Appellaktionen anlässlich des Tages der Arbeit. Das Aktionspaket zum 1. Mai 2009 ist dem Thema Arbeitsmigration und in diesem Zusammenhang auftretenden Menschenrechtsverletzungen gewidmet. Sie können es auch von unserer Website unter ACTIVITY herunterladen.

Darüber hinaus finden Sie auf der Website ca. einmal pro Woche eine Appellaktion, an der Sie mit geringem Zeitaufwand teilnehmen können.

**[www.amnesty.at/gewerkschafterInnen/](http://www.amnesty.at/gewerkschafterInnen/)  
MACHEN SIE MIT.**

### SÜDKOREA

#### FÜHRUNGSMITGLIEDER DER MIGRANT/INNENGEWERKSCHAFT WERDEN ABGESCHOBEN

Die MigrantInnengewerkschaft MTU (Seoul-Gyeonggi-Incheon Migrants Trade Union) wurde im April 2005 gegründet, um alle ArbeitsmigrantInnen in Südkorea (zirka 360.000 Menschen) unabhängig von ihrem Rechtsstatus (legal oder illegal im Land) zu vertreten. Im Februar 2007 wurde sie vom Obersten Gerichtshof von Seoul anerkannt.

Das Arbeitsministerium weigert sich allerdings, die Gewerkschaft anzuerkennen, und geht gegen führende MTU-Funktionäre vor. Im November 2007 wurden MTU-Präsident Kajiman Khapung, MTU-Vizepräsident Raju Kumar Gurung (Raj) und MTU-Generalsekretär Abul Basher M. Moniruzzaman (Masum) verhaftet und zwei Wochen später im Geheimen und ohne Verfahren abgeschoben.

#### HELFEN SIE MIT.

**Appellieren Sie an den südkoreanischen Präsidenten, die MTU als Gewerkschaft anzuerkennen und ihre Mitglieder nicht länger zu schikanieren. Eine Postkarte liegt diesem Aktionspaket bei.**

### MALAYSIA: IRENE FERNANDEZ

#### ERFOLG: FREIGESPROCHEN

Im November 2004 sprach der Oberste Gerichtshof von Kuala Lumpur die prominente Aktivistin für MigrantInnenrechte Irene Fernandez nach jahrelangem Rechtsstreit frei.

Die 62-jährige Direktorin der NGO Tenganita wurde 1996 verhaftet, weil sie in einem Forschungsbericht den schlechten Gesundheitszustand und Misshandlungen in den Lagern für illegale MigrantInnen aufgezeigt hatte.

